

Klausur der Fraktion DIE LINKE Berlin  
Freitag, 4. März 2022

**Debattenpapier**  
Fraktionsvorstand

## **Soziale Gerechtigkeit geht nur mit Freiheit, Gleichheit und Solidarität**

Als LINKE stehen wir für den Gleichklang von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Das ist für uns soziale Gerechtigkeit. Niemand darf vom Zugang zur Daseinsvorsorge und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sein, Zugangshürden müssen abgebaut werden und es braucht ausreichend Platz für individuelle Lebensgestaltung.

Als Linksfraktion im Parlament sehen wir es als unsere vordringlichste Aufgabe an, für die Umsetzung dieser Anforderungen konkrete Lösungen zu entwickeln. Gleichzeitig dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren, dass es auch darum gehen muss, Handlungsspielräume zu erweitern und Alternativen über die derzeitigen Rahmenbedingungen hinaus zu entwickeln – mit einer gesellschaftsverändernden Perspektive. Dabei spielen außerparlamentarische Initiativen und Bewegungen eine zentrale Rolle. Partei, Fraktion, Senat und Bewegungen haben unterschiedliche Aufgaben. In Kenntnis dessen zählt zu unserer Arbeit im Parlament auch die Begleitung und Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen und Initiativen, zum Beispiel, indem Ideen aufgegriffen werden oder Anliegen in das Parlament getragen, öffentlich stark gemacht und auch umgesetzt werden.

Unsere Rolle in der Koalition sehen wir als Motor für eine gemeinwohlorientierte, sozial-ökologische Politik – für eine Stadt für alle, in der niemand zurückgelassen wird! Für einen solchen sozial-ökologischen Umbau der Infrastruktur und der Gesellschaft ist eine Regierungszusammenarbeit mit SPD und Grünen für uns nach wie vor von strategischer Bedeutung – auch für den Bund. Wir wissen allerdings auch, dass unsere Koalitionspartner:innen dies derzeit nur mit Abstrichen oder gar nicht so sehen. Wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass ein großes Maß an inhaltlichen Schnittmengen keine Garantie für eine kooperative Zusammenarbeit ist. Wir wissen aber auch, dass es politische Projekte gibt, die ohne eine kooperative, ressort- und farbübergreifende Zusammenarbeit in der Regierung und im Parlament nicht lösbar sind. Wir sind in der Lage, Konflikte hart und auch öffentlich zu führen. Dies ist für uns aber kein Selbstzweck. Davor steht das Angebot der kooperativen Zusammenarbeit in der Koalition. Unser Anspruch an eine Koalition richtet sich immer auch auf eine Politik, die die Stadtgesellschaft beteiligt. Dies gilt erst recht für unsere eigene Politikentwicklung.

Unsere Arbeit in der 19. Wahlperiode werden wir auf vier zentrale Säulen stützen.

### **Säule 1: Stärkung des Öffentlichen**

Die Stärkung des Öffentlichen umfasst mehr als die Sicherung des öffentlichen Eigentums. Allerdings stellt eine solche Sicherung des öffentlichen Eigentums die Grundlage dar. Denn

die Bereiche der Daseinsvorsorge, also das, was alle Menschen essentiell zum Leben brauchen, können nicht den Prinzipien der Gewinnerwirtschaftung unterliegen. Maßstab muss vielmehr sein, dass alle Menschen dazu Zugang haben und qualitativ gute sowie bezahlbare Leistungen sichergestellt sind. Die Daseinsvorsorge muss also in öffentlicher Hand und gemeinwohlorientiert sein.

Das setzt eine Haushaltspolitik voraus, die sowohl in öffentliche Infrastruktur investiert als auch öffentliche Einrichtungen ausreichend finanziert. Dazu werden die Weichen jetzt während der Haushaltsverhandlungen gestellt. Unser zentrales Ziel in diesen Verhandlungen ist genau hier eine Prioritätensetzung für die Sicherung und Stärkung des Öffentlichen.

Mit der Vergesellschaftung von Grund und Boden großer Immobilienunternehmen wird es gelingen, die Verfügbarkeit über Grund und Boden in öffentliche Hand zu überführen. Das ist nicht nur für die Bestandsmieter:innen ein Schutz vor steigenden Mieten, es ist vor allem eine Stärkung des Öffentlichen. Grund und Boden ist ein nicht vermehrbares Gut, und was mit diesem passiert, ist entscheidend für die Entwicklung des Gemeinwesens. Neben der Vergesellschaftung von Grund und Boden großer Immobilienunternehmen ist auch die Stärkung der landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) ein Beitrag zur Stärkung des Öffentlichen und ein nicht wegzudenkendes Element der Einflussnahme auf die Mietentwicklung. Mit der anstehenden Neuverhandlung der Kooperationsvereinbarung gibt es die Möglichkeit, soziale Miethöhenvorgaben abzusichern und WBS-Quoten beim Neubau auszubauen.

Zur Stärkung des Öffentlichen gehört ebenso unser Kampf für Rekommunalisierung. Sei es bei der S-Bahn, der GASAG oder der Schulreinigung. Rekommunalisierung bedeutet nicht nur Einflussnahme der öffentlichen Hand auf die Daseinsvorsorge, sondern ist auch ein Beitrag für gute Arbeit.

Die Stärkung des Öffentlichen ist aber auch eng verbunden mit der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit öffentlicher Einrichtungen – im Bezirk und im Land. Wenn öffentliche Einrichtungen ihre Aufgaben nicht erfüllen können, schlichtweg nicht funktionieren, ist dies eine Einschränkung von Freiheit und ein Beitrag zur Ungleichheit – öffentliche Einrichtungen sind für die Sicherstellung von sozialer Gerechtigkeit unerlässlich. Wir sind hier durchaus aufgeschlossen, gemeinsam mit den Bezirken zu prüfen, ob es eines neuen Verhältnisses von Bezirken und Land bedarf.

## **Säule 2: Gegen Armut für gute Arbeit**

Armut bekämpfen hat nicht allein mit guter Arbeit zu tun, aber ohne gute Arbeit wird Armutsbekämpfung nicht zu machen sein.

Armut bekämpfen fängt damit an, dass jede:r ein Dach über dem Kopf hat. Deshalb ist es ein vordringliches Anliegen für uns, bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und neu zu schaffen – unter Beachtung klimapolitischer Aspekte. Die Vergesellschaftung von Grund und Boden großer Immobilienunternehmen allein wird das Problem des fehlenden bezahlbaren

Wohnraums nicht lösen können. Auch deshalb ist bei der Novellierung des Wohnraumversorgungsgesetzes eine dauerhafte soziale Miethöhenvorgabe und sind WBS-Quoten beim Neubau sicherzustellen. Neben diesem Beispiel zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums gilt es, Wohnungslosigkeit zu verhindern. Das Prinzip „Housing First“ sichert das Menschenrecht auf Wohnen von Menschen, die heute in absoluter Armut leben.

Armut lässt sich nicht allein materiell fassen, aber noch zu häufig ist der private Geldbeutel Zugangsvoraussetzung für kulturelle Teilhabe. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass der erste Sonntag im Monat auch weiterhin eintrittsfreier Museumssonntag bleibt. Unerlässlich ist auch das Kulturticket, welches insbesondere Menschen mit geringem Einkommen und Transferleistungsempfängenden den Zugang zu Kultur ermöglicht. Der Kultursommer wiederum ist ein Beitrag, den öffentlichen Raum kulturell zu nutzen und Menschen einen Zugang zur Kultur zu ermöglichen.

Unabdingbar für gute Arbeit ist die Rekommunalisierung. Rekommunalisierung ermöglicht es, dass die öffentliche Hand die Erwerbsarbeitsbedingungen bestimmen kann. Aber auch über die Vergabe öffentlicher Aufträge ist ein Beitrag für gute Arbeit machbar. Deshalb sind die Novellierung des Vergabegesetzes und die Erhöhung des Landesmindestlohnes zentrale Bestandteile guter Arbeit und für uns unabdingbar. Für uns ist Tariftreue zentral, weil sie Schutz für Beschäftigte schafft. Ein digitales Tariftreuregister schafft Transparenz und Transparenz erleichtert die Kämpfe um gute Arbeit und um Tariftreue. Gute Arbeit braucht Mitbestimmung und rechtlichen Schutz. Wir wollen die Ermittlungsbehörden bei der Strafverfolgung von „Union Busting“ stärken. Verstöße gegen den Arbeitsschutz und das Arbeitsrecht gerade auch bei den expandierenden Lieferdiensten strenger kontrolliert und geahndet werden.

Gute Arbeit ist dann nicht gegeben, wenn Menschen vom Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ausgeschlossen oder auf ihnen diskriminiert werden. Vielfalt auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist deshalb Grundvoraussetzung für gute Arbeit. Es ist eine der großen Aufgaben dieser Wahlperiode, den Verbleib Berlins im Flächentarifvertrag abzusichern und für faire Arbeitsbedingungen bei den Freien Trägern zu sorgen. Zu guter Arbeit gehört aber auch gute Ausbildung – eine Ausbildungsplatzgarantie und die Ausbildungsplatzumlage werden deshalb zentrale Projekte dieser Legislaturperiode.

### **Säule 3: Kampf gegen Klimawandel mit Kampf gegen soziale Ausgrenzung verbinden**

Ohne eine Politik, die den Klimawandel bekämpft, wird es zukünftig keines Kampfes gegen soziale Ausgrenzung mehr bedürfen. Gleichzeitig ist es essentiell, dass der Kampf gegen den Klimawandel nicht zu sozialer Ausgrenzung führen darf.

Vor diesem Hintergrund ist die Stärkung des Öffentlichen ein Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel, denn mit der Stärkung des Öffentlichen ist eine klimafreundliche Regulierung ohne soziale Ausgrenzung konsequent möglich. Dies ist ein Beitrag dafür, die Bekämpfung des Klimawandels regulierend und nicht vorwiegend über den Preis zu führen.

Die Bekämpfung des Klimawandels kann, das gehört zur Wahrheit, im Einzelfall natürlich in Konflikt mit anderen uns wichtigen Themenfeldern kommen. Hier muss es einen Ausgleich von Interessen geben.

Wenn der Klimawandel bekämpft werden soll, dann ist jedes Nachverdichtungsvorhaben explizit unter diesem Aspekt zu betrachten und bei jedem Bauvorhaben eine CO<sub>2</sub>-Bilanz vorzulegen. Die Novelle der Bauordnung muss insbesondere unter Betrachtung des Klimaaspektes zeitnah abgeschlossen werden.

Für die Bekämpfung des Klimawandels ist eine Verkehrswende unerlässlich. Diese soll unserer Ansicht nach vor allem in der Stärkung kollektiver Angebote bestehen sowie der Verbesserung von Angeboten für den Radverkehr und die Fußgänger:innen. Dies schließt die Sicherstellung barrierefreier Bahnhöfe und Beförderung ebenso ein wie Taktverdichtungen, insbesondere, um Ziele außerhalb des Innenstadtrings erreichen zu können. Vor allem an Verkehrsknotenpunkten müssen Fahrradparkplätze und -parkhäuser ausgebaut werden. Wir wollen den ÖPNV attraktiver machen und einen Ausschluss von Menschen mit geringem Einkommen und Transferleistungsempfängenden vermeiden. Die Finanzierung des ÖPNV über drei Säulen muss langfristig gewährleistet werden. Wir treten dafür ein, die Steuermittel nicht zu reduzieren. Außerdem wird es erforderlich sein, eine Entscheidung hinsichtlich der dritten Finanzierungssäule zu treffen und umzusetzen. Die Nutzung von Bundes- oder EU-Mitteln zur Absicherung muss sichergestellt werden.

Berlin benötigt einen langfristigen Fahrplan für den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Um das Ziel zu erreichen, dass im Jahr 2035 die Stromversorgung zu 25 % aus Solarenergie kommt, müssen wir jetzt eine Solarkampagne anschieben und die Umsetzung der Solarpflicht vorantreiben. Auch um soziale Härten zu vermeiden, ist das Solaranlagen-Förderprogramm der IBB aufzulegen/zu verstetigen.

#### **Säule 4: Freiheit und Selbstermächtigung**

Wir verstehen uns als eine Partei der Freiheit und Selbstbestimmung. Die Potentiale der Einwohnenden Berlins können sich zum Wohle aller nur dann entfalten, wenn sie nicht paternalistisch bevormundend behandelt und von Beteiligungen und Teilhabe ausgeschlossen werden. Es muss deshalb darum gehen, Bedingungen zu schaffen, die es allen in Berlin lebenden Menschen ermöglichen, durch Selbstermächtigung in Prozesse einzugreifen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu zählt, Beteiligungsprozesse als Wert an sich zu begreifen: Vom Bürgerhaushalt über Nachverdichtung bis hin zu (Klima)Räten – wir wollen, dass Menschen ihre Stadt und ihren Kiez mitgestalten und über diese mitentscheiden können.

Freiheit und Selbstermächtigung zu garantieren, kann nur gelingen, wenn Teilhabe und Partizipation aller Menschen auf allen Ebenen, unabhängig von Herkunft, Sprache, Religion, Behinderung, geschlechtlicher Identität oder Orientierung und sozialem Status sichergestellt wird. Menschen mit den unterschiedlichsten Lebensweisen haben ihren Platz in unserer

Stadt. Die Sicherung alternativer Freiräume ist eine dringliche, aber immer wieder herausfordernde Aufgabe.

Gesellschaftliche Ausgrenzung und damit eine Einschränkung von Freiheit kann auch aufgrund von Kriminalisierung und Repression stattfinden – sei es dadurch, dass Menschen in Armut eher im Gefängnis landen als Reiche, oder dadurch, dass bestimmte Minderheiten stärker in den Fokus polizeilicher Maßnahmen geraten.

Der deutliche Abbau von Ersatzfreiheitsstrafen ist unser Ziel. Über gemeinnützige Arbeit und einen veränderten Umrechnungsmaßstab sollen Inhaftierungen vermieden werden. Davon profitiert im Übrigen auch der Landeshaushalt. Auf Bundesebene initiieren wir die Abschaffung der Strafbarkeit des „Containerns“ und des Fahrens ohne Fahrschein.

Die Verbindung von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zeigt sich insbesondere beim Problem des Wohnungsverlustes. Um Wohnungsräumungen, die durch Versäumnisurteile zustande kommen, zu verringern, wird noch in diesem Jahr ein Modellprojekt an einem Amtsgericht auf den Weg gebracht. Eine Zustellung von Räumungsklagen durch Justizbedienstete soll verhindern, dass Räumungstitel wegen unterbliebener Kenntnisaufnahme erfolgen. Umgekehrt kann Freiheit auch durch eine konzentrierte und priorisierte Kriminalitätsbekämpfung dort, wo der größte gesellschaftliche Schaden entsteht, gesichert werden. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir bei der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskriminalität sowie der Immobiliengeldwäsche setzen.

Wir wollen mit wirksamen Instrumenten gegen racial profiling vorgehen. Es bedarf einer klaren Regelung, dass Polizeikontrollen an den sogenannten Kriminalitätsbelasteten Orten nicht mehr ohne jeden Anlass, sondern nur aufgrund des Verhaltens einer Person stattfinden dürfen. Um die Rechte von Betroffenen polizeilicher Maßnahmen zu stärken, müssen Kontrollquittungen etabliert werden.

Das Landesantidiskriminierungsgesetz ist ein wichtiges Instrument, um gegen racial profiling und andere diskriminierende Handlungsweisen öffentlicher Stellen vorzugehen. Jetzt muss dafür gesorgt werden, dass Betroffene es auch nutzen können. Außerdem müssen wir weitere Schritte gehen, um öffentliche Einrichtungen diskriminierungssensibel aufzustellen. Struktureller Rassismus in Staat und Gesellschaft schränkt nicht nur die Freiheit der Betroffenen ein, sondern führt auch zu Chancenungleichheit. Für die Aufklärung verschiedener Formen von strukturellem Rassismus und die Entwicklung von Gegenmaßnahmen soll die noch vom Abgeordnetenhaus einzusetzende Enquetekommission gegen Rassismus einen wichtigen Beitrag leisten. Auch das novellierte Partizipationsgesetz, das jetzt einer konsequenten Umsetzung bedarf, muss Chancengleichheit sowie gleiche Teilhabe und Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst und in den Landesbetrieben gewährleisten. Für bessere politische Teilhabe stärken wir die Migrationsbeiräte in den Bezirken, unterstützen Migrant:innenselbstorganisationen finanziell und möchten alles auf Landesebene Mögliche für ein Wahlrecht für alle Berliner:innen, unabhängig von der Staatsangehörigkeit, tun.

## Fraktionsvorhaben für das kommende Jahr

Diese vier Säulen unseres Anspruchs an Berliner Politik treffen auf konkrete Bedingungen. Die Haushaltsberatungen stehen an, es gibt bundespolitische Rahmenbedingungen und den Koalitionsvertrag.

Auf die Fraktion kommt konzeptionell inhaltliche Arbeit zu, um beispielsweise folgende Handlungsbedarfe konkret zu untersetzen:

- Vergesellschaftung praktisch machen – Kommissionsarbeit öffentlich begleiten
- Rekommunalisierung in Angriff nehmen: Schulreinigung und GASAG/Gasnetz
- Investitionskonzepte für sozialökologischen Umbau
- Tarifstruktur ÖPNV
- Perspektive Sanierungsbedarf für öffentliche Unternehmen
- Investitionsplanung
- Bodensicherungsgesetz
- Strategie sektorale Bebauungspläne
- Gemeinwohlorientierten Umbau der landeseigenen Wohnungsunternehmen fortsetzen sowie Einführung eines Mieten- und Wohnungskatasters und Erweiterung des Wohnberechtigungsscheins für Geflüchtete und Regelung in einem Landesgesetz
- Vergleichbare städtebauliche Kriterien für Nachverdichtungsvorhaben und weitgehend klimaneutrales Bauen
- Weiterentwicklung Kooperative Baulandentwicklung (Ausbau verbindliche WBS-Quote bei Erteilung von Baurecht von 30 auf möglichst 60 Prozent analog der Münchner Regelung (SoBoN) durchsetzen)
- Abbau von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt mithilfe der Errichtung einer neuen Fachstelle
- Digitales Tariftreueregister
- Stärkung der Ermittlungsbehörden bei der Strafverfolgung von „Union Busting“ Eckpunkte Ausbildungsplatzgarantie und -umlage
- Schneller Baubeginn Ausbildungscampus Charité und Vivantes
- Investitionsoffensive ÖPNV
- Umsetzung Partizipationsgesetz für Teilhabe und Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte im Öffentlichen Dienst und in Landesunternehmen
- Der Masterplan Obdachlosigkeit soll umgesetzt werden. Als erster Punkt arbeiten wir an der Überarbeitung der Unterbringung nach § 67 SGB XII und der erneuten Nacht der Solidarität. Leitbild inklusive Stadt mit einer Strategiekonferenz Teilhabe und Inklusion
- mehr Kurzzeitpflegeplätze und Konzept für die Einführung eines Landespflegebeauftragten